

EnEVNEWS

Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.

Bonn, im Mai 2013

- [Deutscher Bundestag: Bauausschuss verschiebt Beratung des EnEG](#)
 - [FDP: Brandbrief an Minister fordert Entschärfung der EnEV](#)
 - [Bundeswirtschaftsministerium: Dialogforum Energieeffizienz eröffnet](#)
- [Umweltminister Altmaier spricht sich für Förderung energetischer Gebäudesanierung aus](#)
 - [Bundestagswahl 2013: Bündnis 90/Die Grünen beschließen Umgestaltung der EnEV im Wahlprogramm](#)
 - [5. Energiepolitischer Dialog: Die Zukunft des EEG?](#)



Deutscher Bundestag: Bauausschuss verschiebt Beratung des EnEG

Auf Betreiben der FDP hat der Bauausschuss des Deutschen Bundestages die ursprünglich für 24. April vorgesehene abschließende Beratung des EnEG kurzfristig von der Tagesordnung genommen. Die Beratung im Ausschuss soll nun voraussichtlich am 15. Mai stattfinden. Als Grund für ihre Blockade nannte die FDP die Forderung nach einer Entschärfung der EnEV. So soll die geplante zweistufige Verschärfung der Anforderungen an den Neubau auf eine einmalige 15-prozentige Anhebung abgemildert werden. Da der Bundesrat erst über die EnEV beraten will, sobald das EnEG ebenfalls an den Bundesrat überwiesen wurde, verzögert die Intervention der FDP die Beratungen der EnEV-Novelle vorerst. Ob bis zur Anhörung Mitte Mai jedoch tatsächlich noch Änderungen am EnEG vorgenommen werden, ist unwahrscheinlich. Ebenso wenig ist davon auszugehen, dass das Verschieben der abschließenden Beratung zu einem Scheitern von EnEG und EnEV in dieser Legislaturperiode führt. **Nach derzeitigem Stand soll das EnEG am 16. Mai in 2./3. Lesung im Plenum des Bundestages abschließend beraten werden.** Der Bundesrat hätte für ein abschließendes Votum zu EnEG (und EnEV) in dieser Legislaturperiode noch bis zum 20. September 2013 Zeit (bundestag.de, direkter [Link](#), TOP 26 bzw. tga-fachplaner.de, 30.04.2013, direkter [Link](#)).

Als Erklärung gab Sebastian Körber MdB, baupolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, an, erhebliche negative Folgen für den Wohnungsbau zu befürchten. Er verlange Änderungen an den Plänen der schwarz-gelben Bundesregierung. Körber zufolge schaffe die Anhebung des Effizienzstandards ungünstige Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau und führe letztlich zu einer Mietverteuerung. Die Anforderungsverschärfungen durch die EnEV 2013 seien daher nicht vertretbar (24.04.2013, EnEV-online.de, direkter [Link](#)).

Der baupolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Groß MdB, kritisierte die Verschiebung der Beratung. Groß wies darauf hin, dass die schwarz-gelbe Koalition durch das Verzögern der Richtlinien-Umsetzung ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland riskiere. EnEG und EnEV beruhten auf europäischen Vorgaben für den Gebäudebereich, die spätestens bis zum Sommer 2013 gelten sollten. Er äußerte Verwunderung über die Uneinigkeiten innerhalb der FDP, da Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) dem Entwurf bereits zugestimmt habe (spdfraktion.de, 24.04.2013, direkter [Link](#)).

Für die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen kommentierte deren baupolitische Sprecherin Daniela Wagner MdB das Geschehen. Ihr zufolge sei die Uneinigkeit innerhalb der Regierung nicht verwunderlich. Sie sei dadurch zu erklären, dass der Gesetzentwurf ungeeignet sei, die eigenen Klimaziele zu erreichen und die Heizkosten der Bürgerinnen und Bürger zu senken (gruene-bundestag.de, 24.04.2013, direkter [Link](#)).

[Zum Seitenanfang](#)



FDP: Brandbrief an Minister fordert Entschärfung der EnEV

Parallel zur Blockade der Beratung des EnEG im Bauausschuss forderten Hermann Otto Solms MdB, Vorsitzender des FDP-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen, sowie der baupolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Sebastian Körber MdB, in einem Brandbrief an Bundesbauminister Peter Ramsauer MdB (CSU), Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) und Bundesumweltminister Peter Altmaier MdB (CDU) die Entschärfung der vom Kabinett bereits beschlossenen EnEV-Novelle. **Statt der geplanten Verschärfung der energetischen Anforderungen für den Neubaubereich in zwei Stufen um insgesamt 25 Prozent bis 2016, fordern die Liberalen eine einmalige Erhöhung um lediglich 15 Prozent.** Wie die FDP in ihrem Brief darlegt, schlage sich eine Erhöhung der Anforderungen negativ auf die Mieten nieder. Bei Neubauten könne dies schnell fünf Prozent oder mehr Baukostensteigerung ausmachen. Damit drohe gerade in Ballungsräumen eine politisch „wohl kaum gewollte Mietenverteuerung“, wird das Schreiben zitiert. Die FDP kritisierte zudem die in Folge der Verschärfungen zu erwartenden Kostensteigerungen bei Wohneigentumserwerb. (welt.de, 30.04.2013, direkter [Link](#))

[Zum Seitenanfang](#)



Umweltminister Altmaier spricht sich für Förderung energetischer Gebäudesanierung aus

In einem Interview mit der Rheinischen Post kündigte Bundesumweltminister Peter Altmaier MdB (CDU) an, sich in der kommenden Wahlperiode für die Aufnahme der steuerlichen Förderung für energetische Gebäudesanierungen in den Koalitionsvertrag einzusetzen. Er halte dies für „absolut unverzichtbar“, wenn es gelingen solle, im Gebäudebereich zu einer „angemessenen Sanierungsquote“ zu kommen. Mehr als 40 Prozent der Energie würden im Gebäudebereich verbraucht. (presseportal.de, 29.04.2013, direkter [Link](#)).

Mit seiner Aussage macht Altmaier klar, dass er selbst die bisherigen Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudesektor als nicht ausreichend erachtet. Bereits in dieser Legislaturperiode sollte es einen Steuerbonus für Investitionen in energetische Gebäudesanierung geben. Dieser war aber am Widerstand des Bundesrats gescheitert, da sich Bund und Länder nicht in Fragen der Finanzierung einigen konnten. Ob Altmaier den Bund zukünftig stärker in die finanzielle Verantwortung nehmen wolle, bekannte er nicht.

[Zum Seitenanfang](#)



Bundestagswahl 2013: Bündnis 90/Die Grünen beschließen Umgestaltung der EnEV im Wahlprogramm

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hat ihr Programm für die Bundestagswahl 2013 beschlossen (35. Bundesdelegiertenkonferenz, 26.-28. April 2013). Darin kündigen die Grünen an, die Städte für die Energiewende fit machen und bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand schaffen zu wollen. Dafür sollen das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, die Modernisierungsumlage und die Energieeinsparverordnung (EnEV) so umgestaltet werden, dass sie wirksame Anreize für die Gebäudesanierung schaffen. Darüber hinaus solle der Niedrig-Energiehaus-Standard gesetzlich vorgeschrieben werden, wengleich der Fokus jedoch weiterhin auf dem Gebäudebestand liegen müsse (gruene.de, direkter [Link](#)).

[Zum Seitenanfang](#)



5. Energiepolitischer Dialog: Die Zukunft des EEG?

Im Rahmen der Veranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 30. April 2013 wurden zentrale Fragen der Energiewende diskutiert, die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz stand im Fokus der Diskussion. Zu den Vortragenden zählten u.a. Bundesumweltminister Peter Altmaier MdB (CDU) und Thomas Bareiß MdB, Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Vortragende Teilnehmer und Mitglieder des Podiums waren Dr. Michael Süß, Bereichsleiter Energy im Vorstand der Siemens AG, Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge, Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln, Prof. Dr. Georg Erdmann, Leiter der Abteilung Energiesysteme an der TU Berlin, Dr. Mario Ragwitz, stellvertretender Leiter für Energiepolitik und Energiemärkte am Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung sowie Dr. Michael Ritzau, Geschäftsführer des BET Büros für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH.

Altmaier sprach sich in seinem Vortrag für eine bezahlbare Energiewende aus: „Für uns könne nicht gelten ‚Energiewende um jeden Preis‘. Für uns muss gelten ‚Energiewende zu bezahlbaren Preisen‘“. Altmaier will die Bezahlbarkeit des Stroms zum Wahlkampfthema machen und sich für eine preiswerte Energieversorgung einsetzen. Mit einer Anpassung der Einspeisevergütung müsse zudem die „Fehlentwicklung von 2011 und 2012 in der Photovoltaik“ korrigiert werden. Altmaier äußerte sich auch zum Thema energetische Gebäudesanierung. Hier benötige es weitere Anreize, um die Sanierung des Bestands besser zu fördern. (cducusu.de, direkter [Link](#)).

[Zum Seitenanfang](#)

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.
Schaumburg-Lippe-Straße 4
53113 Bonn
Ansprechpartner: Andre Staniszewski
Tel. +49 (0)228-91493-34
Mail: staniszewski@ziegel.de